

Saale-Zeitung.

Einunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltzeile oder deren Raum mit 20 Pf. ...

Bezugspreis

für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei dreimonatlicher Bestellung 2,75 M., ...

Nr. 190.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 24. April.

1897.

Verheißung und Erfüllung.

Bei der Beratung über das Bürgerliche Gesetzbuch legte die Reichsregierung dem höchsten Verth darauf, daß in dem Jubeljahre des Deutschen Reiches die Verheißung durch die Verabschiedung dieses großen Gesetzbuchs vollendet werde, ...

Man mag über das Vereinsrecht denken wie man will, so muß eine solche Taktik im höchsten Maße betreiben, weil man damit geradezu die Meinung herausfordert, ...

Fürst Bismarck und der Bundesrath.

Von dem neuesten Bismarck-Werke Heinrich von Posching's, Fürst Bismarck und der Bundesrath, ...

aber Kreise giebt, die ihn jetzt in eine schiefe Lage bringen möchten, kann nicht bezweifelt werden. ...

Man würde in Zukunft feierlichen Versicherungen vom Bundesrathstisch immer mit Mißtrauen gegenübersehen müssen, wenn die Voraussetzungen, unter denen frühere Bewilligungen erfolgt sind, sich nicht als festhaltend erweisen. ...

Eine Regierung hat nicht zwei Seelen. Sie kann nicht in der inneren Politik von gegebenen Zusagen abgehen und in der auswärtigen Politik jenes Vertrauen verlangen, ...

da an war Bismarck öfter bei den zu unseren Ehren erfolgten Einladungen gegenwärtig und will Gesler, mein Dankesloos, von ihm schon damals das ganze Parlamentsprojekt mit allgemeinem Wohlwollen, ...

Als ich am 29. Sept. 1874 mit Graf Joppelin wieder in Berlin eintraf, um die württembergische Beitrittsklärung zum Zollvereinvertrag zu überbringen, ...

Der Krieg von 1866 hatte die Verhältnisse wesentlich geändert. Bismarck, seit 15. Sept. 1865 Graf, war mit einem mal in Preußen ein populärer Mann geworden. ...

In einem späteren Briefe vom 13. März 1868 berichtet Niede über ein Diner, das tags zuvor beim Grafen Bismarck stattfand. ...

Der Graf hatte den Prinzen Napoleon und sodann je einen Vertreter der sämmtlichen deutschen Regierungen eingeladen. ...

Deutsches Reich.

Parlamentarisch.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben an den Reichstag eine Eingabe gerichtet, die auf die nachtheiligen Bestimmungen aufmerksam macht, welche die Handelsverkefrolage auch für den Handel mit sich bringt.

In der Eingabe wird hervorgerufen, in welche Grenzen streifteten durch die geplante Organisation von Zwangsinnungen der Handel mit dem Handverl gerathen sei. ...

Graf zu mir, ich habe auf meinen Reiten einen Kohl kenneu gelernt, der sehr hohe Stengel treiben, von dem habe ich jetzt Samen kenneu lassen, bin heute bei verschiedenen Gärtnern vorgeritten und habe sie bestimmt, Versuche zu machen. ...

geschloffen, daß Fakultäten selbst für die Summe in Anspruch genommen werden, sofern die Nebenarbeiten der bezeichneten Art nicht durch einen „Kandieren“ der sich bereits stellen will, sondern unter eigener Überleitung durch von ihnen selbst angestellte Arbeiter besorgen lassen. Es sollte u. a. ein Brauereibesitzer, der eine kleine Wöhrerei für seine Brauerei unterhält, wegen des schlechten, nicht fabrikmäßig betriebenen dieser Wöhrerei, in unzumutbarer Weise belästigt werden. Einem der Konventionen, der eine Kuchnerin und eine Buchbinderin von handwerksmäßigem Umfange lediglich als Hilfsbetrieb — um Mittel mit Geld zu beziehen bzw. Kartons für den Verkauf herzustellen, Wöhrer aufzustellen usw. — unterstellt.

Der Vorstand des Wahlvereins der Liberalen in Nassau veröffentlichte eine Erklärung, aus der hervorgeht, daß Landbesitzer Dr. v. v. v. in Frankfurt in Wiesbaden abgedeutet für die Erhaltung zum Reichstage in Wiesbaden abgedeutet für die Veranschlagung, unter welcher der Vorstand und die Vertrauensmänner des Wahlvereins der Liberalen in Nassau dieselbe in Aussicht genommen und Herr Dove sie anzunehmen bereit war, d. h. die Unterzeichnung seitens aller liberalen Wähler, nicht erfüllt wurde, indem die zur Unterzeichnung angeforderten Parteien auf ihrem Wahllokal nicht erschienen.

### Parteiangelegenheiten.

In der Pressebeilage zwischen Viehrecht und Schönlanf nimmt jetzt auch der Abg. Grillenberg in seiner „Frankfurter Tagespost“ das Wort, und zwar stellt er sich entschieden auf Schönlanfs Seite. Er meint, daß Schönlanf dem Parteiführer mit der Behauptung, daß Viehrecht mit Verneinung die deutschen Zustände schwarzer male, als die in anderen Staaten, kein Unrecht zugeführt hätte, allerdings hätte die Behauptung von der Unbilligkeit des Satzes von der sich nicht verschärfender Verleumdung“ fortgelassen werden können, aber so wie Schönlanf jene Bemerkungen gemacht habe, enthielten sie nicht den geringsten Verstoß gegen die Parteigrundsätze und die Pflichten. Auch Grillenberg konstatirt Klipp und klar „Tatsachen, die Schönlanfs Meinung rechtfertigen.“ Jetzt ist er befangen in die „Sächsl. Arb.-Ztg.“ die Schönlanf durch den Hinweis auf die „fortwährende Proletarisierung der Bauernmassen“ zu widerlegen versucht hat. Mit Recht wies Grillenberg darauf hin, wie oft von derselben Seite diese nämlichen Quarta nach zur Arbeiterklasse gerichtet worden seien, wenn es nicht der bayerischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion eine ausgingen. Man kann demnach annehmen, daß Schönlanf in Grillenberg ein geschickter Bundesgenosse gegen den „Kantanten Viehrecht“ gefunden hat.

### Sache und Kirche.

Zu dem bekannten Erlaß des preussischen Aufgimmsministeriums des Ministers des Innern an die Ständebesorger, bei Aufnahme der Verhandlungen auf ihre Angelegenheiten, Geschäftsverrichtungen und Gebühren die Beteiligten auf ihre kirchlichen Verpflichtungen hingewiesen, schreibt heute die „Prot.-Verens-Corr.“:

Die bekannte Versicherung auf Gegenpflicht zwischen Staat und Kirche, Thron und Altar treibt hier eine neue Wirtbe, ihr die Weichen zu drehen. Die Aufnahme des Ministeriums mit der kirchlichen Wirtbe ist ein neuer Schritt, der dem Staat auf persönliche Wirtbe Wirtbe Wirtbe, und das Wort hat die Bestimmung seines kirchlichen Schweigens geacht. Haben einzelne Ständebesorger schon aus freien Stücken darauf hingewiesen, so hätten sie es auf eigene Gefahr, und der persönliche Fakt war entscheidend für den Erlaß. Soll es jetzt immer und von Amts wegen geschehen, so nimmt der Staat auch die unterwerflichen Wirtbe auf sich. Das ist ihm keine Sache, und wir vermuthen, er wird einer Anregung von kirchlicher Seite nicht zu zwei mal mal „gern“ entsprechen. Diese Anregung selbst aber erregt auch Widerspruch. Sie ist ein Eingriff in die Handlung der Diakonie, und sie entwertet die kirchlichen Handlungen, indem sie Mittel zu ihrer Verwirklichung aufhebt, die mit der Religion nichts zu thun haben. Die ganze Anordnung ist wohl der düstere Widerschein der seit einiger Zeit gegen die Evidenz im Wert gelesenen orthodoxen Verleumdungen. Sie ist ein Eingriff, wobei einmal eine beim andern die Karte ab. Wenn weiter kein Schick daraus entsteht, so ist das schlimmste.

Eine hübsche Illustration zu dem Sage „Die Kulturaufgaben leiden nicht“ bilden einige Bemerkungen des Finanzministers v. Klunel, die erst jetzt aus dem Verband-

lungen der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses bekannt werden. Der Finanzminister erwachte, daß kein Ministerium die Ansprüche, welche in der Richtung der Vergroßerung von Unverhältnissen in den letzten des Innenministeriums erhoben seien, beizubehalten habe. Unter dem Umfange vieler bedeutender Banten bestche eine Verthändigung, nach welcher ihre Ausübung im weitestlichen unabhängig von der jeweiligen Frequenz der einzelnen Universitäten ist. Bei den Kategorien der einzelnen Staatsbeamten habe man in Vorzuege getroffen, den Eintritt zu erschweren, um die Ueberfüllung und das Bilden eines log. Beamtenproletariats zu vermeiden. Ob und wie gegen die Ueberfüllung des Unverhältnissstudiums vorgegangen ist, ist schwer zu sagen, so erwünscht es auch wäre, dagegen ein wirksames Mittel zu haben. Nach einem solchen zu finden, müßte die feste Sorge der Regierung sein. Um eine Ueberfüllung zu vermeiden, dürfte eigentlich nur eine Aushebung nach Bedarf geschehen. Wie sich Herr Dr. v. Klunel die Feststellung des Bedarfs denkt, hat er nicht gesagt. In dem sehr wahrcheinlichen Falle, daß er kein Mittel dazu findet, wird er es vielleicht bei einer recht hohen „Bildungssteuer“ beenden lassen. Denn wie man sieht, scheint für ihn die Wissenhaft auch nur eine Geldangelegenheit zu sein.

### Verwaltung und Reichsfrage.

Einem neuen charakteristischen Beitrag zu dem immer lauter werdenden Klagen und Beschwerden über die bürokratische Art unserer Steuerverwaltung bringt die „Köln. Ztg.“; derselbe schreibt der Leiter der größten wirtschastlichen Bureauen folgendes:

Fast unter ganz Verleumdung ist geungenommen gewesen, in diesem Jahre gegen ihre Verwaltung zur Steuer zu reformieren; es ist dies eine andere Art, aus dem Arbeitgebern eine Abstricht der Substantien heranzubringen. Unsere Arbeiter sind ihrer Mehrzahl nach durchaus nicht sozialistisch geneigt, aber nach Empfang der letzten Schreiben macht sich eine tiefgehende Erregung bemerkbar. Mit allem Willen will die Regierung gegen den „Kantanten“ der bekannteren Bureauen durchzuführen, lieber erfolgreich Widerstand und verdient alle viel versprechende Saat.

Zur weiteren Erläuterung fügt die „Köln. Ztg.“ noch hinzu:

Das in dieser Hinsicht erwählte Schreiben des Vorsitzenden der Einkommensteuer-Verwaltungskommission verlangt die Angabe, wie viel Freibetrag die Brauer erhalten und wie hoch ihr Anlagelohn der Freibetrag ist. Das klingt fast wie ein Inquisitionsakt, und aber, wie wir aus einem uns vorliegenden amtlichen Schreiben haben, wörtlich wohl. Um so dringender müssen wir abermals unsere Mahnung erschallen lassen, daß endlich die für die Handhabung und für die sozialpolitische Wirkung unserer Steuererhebung verantwortlichen Staatsmänner mit dem Heiden leben und daß solche nicht gegen den Staat aufzubrechen dürfen, sondern unmöglich gemacht werden. Es ist wirklich ein hartes Stück, Freibetrag, das in manchen Biervereinen sogar in unbegrenztem Maße den Brauereigenen gewährt wird, als eine besondere Einbußmehrmale hinzuzufügen. Freibetrag wird doch ausschließlich aus dem sehr geliebten Geschäftskunde gewährt, daß der Brauer die besten Arbeiter in der Brauerei bringen will, unerschütterliche den Dukt zu stellen. Aus dieser sehr vernünftigen sozialpolitischen Maßregel einen Anlaß zu entnehmen, die Steuererhebung um einige Mark in Interesse des Fiskus in die Höhe zu schieben, das sollte sich doch Herr v. Klunel aus Verstande verstehen. Sont werden wir es noch erleben, daß auch die Kommis, denen von den Geschäftsinhabern gestattet wird, zur Erhebung ihrer Privatforensponden, Geschäftspapier zu benutzen, angehalten werden, den Werth dieses Papiers bei Angabe ihrer Einkommen anzugeben. Es ist wirklich bedauerlich, daß dieser wieder Finanzverwaltung noch Anlaß hat davon überzeugt haben, daß es so nicht weitergehen kann.

Wir gehen in kurzen auf die vorstehend behandelten Fragen noch näher einzugehen.

Nach derselben Methode wie in Preußen beginnt jetzt auch in Oesterreich die Aufhebung von Verwaltungsamtern. Am Dienstag wurde in St. Wobd eine „Kesselfe“ Verammlung, in der u. a. die Reichstagsabgeordneten Spitz und Golub auftraten, aufgelöst, weil ein Redner Namens Wozon freudig sprechen wollte und der überwindlichen Reichstagsminister der französischen Sprache nicht mächtig war. Die Verammlungsüberbet bietet einen neuen Beitrag zu dem Kapitel der reichstagslichen Verammlungsfreiheit und Zwangsab.

Einmal erklärte Dr. Fall umweg: „Nun, dann bitte ich um meine Entlassung.“ Bismarck gab Del ins Wasser: „Wir werden doch noch unseren Meinungsverschiedenheiten Ausdruck geben dürfen!“ Der Konflikt mit der katholischen Kirche ist allerdings nicht zu Gunsten des großen Staatsmannes ausgefallen, aber das Experiment war von vornehmer Veracht. Die Gehilfen des Kanzlers, Fall, Dove, Friedberg, Hühnsch, Gneist und so weiter, hatten ihn ein sehr kompliziertes Schisma von Zwangsmaßregeln gegen die katholische Kirche angestimmt, das ihnen durch die katholische Kirche nicht möglich war. Dieser wurde immer größer und die Zahl der Entlassungsmandate nahm bei jeder Reue zu. Der Kanzler selbst hatte beim Beginn des Streites nur nationale und politische, nicht aber kirchliche Ziele.

Je mehr die Kulturriedensfindung überhand nahm, um so schwieriger wurde natürlich die Stellung Fall's. Seit 1878 war sein Richtsinn nur eine Frage der Zeit. Unter den veränderten Verhältnissen ragte seine Eigenmeinung wie eine verlegene Standarte auf einen von Feinde geräumten Schlachtfeld hervor.

Nach dem Hede'schen Attentat (11. Mai 1878) bemerkte der Kaiser beim Empfang des Staatsministers, es sollte jetzt beiderseits darauf an, „daß die Religion dem Volke nicht verloren gehe.“ Diese Worte hatte Fall als ein Wirtbeinsoctum gegen sich angesehen und schon damals den Entschluß fahndgegeben, seine Entlassung als Minister zu nehmen. Da Bismarck vorläufig an einem Wechsel im Außenministerium nichts gelegen war, so wurde das Kommissarwesen Fall's abgelehnt. Daß die künftigen Verhandlungen von Bismarck mit Montignone Wolfela ohne Hingehung seiner Person geführt werden waren, mußte ihn in seinen früheren Entschlüssen bestärken. Vellends sah er den Leben unter sich nahm, als der Kaiser die Berufung von zwei bestimmten Geistlichen, in neuen Fall ausgeprobenen Gegner der von ihm erstrebten Richtung sah, in den Evangelischen Herrvertrags verlangte. Der Vizepräsident des Staatsministers Graf Stolberg suchte eine Lösung im Sinne Fall's herbeizuführen, war aber nicht zum Ziele gelangt und hat den Finanzminister Dohrbach, der am 17. Dezember 1878 noch zum Besuche Bismarck's nach Friedrichshagen fuhr, diese Angelegenheit bei dem Kaiser zur Sprache zu bringen. Der in späterer Nacht wurde erstattete Vortrag der Fall'schen Streitfrage erweckte Bismarck's stärksten Unwillen. Er schalt heftig über den Eigenfinn der einen, die Ungegliedertheit der anderen hierbei beteiligten Personen; Dohrbach war über die ihm

germanisation. Man sollte doch annehmen, die Regierung werde in einem ähnlichen Grade bereit zu sein, daß die Organe der Politik beider Sprachen mächtig sein müßten.

Der im Reichstag mehrfach genannte Anarchist und frühere sozialdemokratische Kandidat Demppoff ist von der politischen Polizei vorgehalten und nach seiner Vernehmung verhaftet worden. Demppoff hatte in allen am Anlaß der Centralfeier eintretenden, aber angelegten Anarchisten-Verleumdungen als Helfer getüßt. Darauf wird die Verhaftung zurückgeführt.

Nach dem „Neben-Corr.“ ist jetzt den Wahllokalbesuchern des Frankfurter Eisenbahn direktionsbezirks gleichfalls verboten worden, das Sarden'sche Wöhrblatt „Die Zukunft“ in ihren Verkaufsstellen offen auszugeben und den Besuchen zum Verkauf auszuheben. Um so häufiger dürfte nun die „Zukunft“ verlangt werden.

### Sozialwirtschaftliches.

Ueber die Krankenversicherung im Jahre 1896 veröffentlicht das Statistische Amt eine Zusammenstellung. Danach sind es 21,992 Krankenkassenscheinhaber mit einer Mitgliederzahl von 7,525,524 (im Vorjahre 7,282,600) gewesen. Die Kosten hatten gegen 145 (176) Millionen Mark Einnahmen, 137 (128) Millionen Mark Ausgaben. Auf ein Mitglied kamen 0.4 Ertragsbeiträge, 6.2 Krankheitsstage, 13.83 Mark Krankheitskosten.

Der deutsche nationale Handlungsgesellschaftsverband in Hamburg, dessen hiesige Ortsgruppe eben in die „Hamburg-Berlin“ zusammengetreten war, hat in Berlin zu seinem zweiten Verbandstage zusammengetreten. Es beteiligten sich an den Verhandlungen Vertreter von 185 Städten aus allen Theilen des Reichs. Der Vorstandsvorsitzender W. Schatz-Hamburg gab den Jahresbericht, der eine erhebliche Umwandlung behandelte. Die Zahl der Mitglieder ist von 2000 am Schluß des vorigen Jahres auf 4500 gestiegen. Nachdem die Herren Trovich und Schatz als Vorstand wiedergewählt waren, wurde Leipzig für den nächsten Verbandstag bestimmt. Zum Anschluß daran tagte am Diermontag der zweite deutsche Handlungsgesellschaftsverband, auf dem zuerst Herr Altona als Vorstandsvorsitzender und Schatz als hiesiger Vertreter des hiesigen Orts als Vorredner fungierten. Es wurde beschlossen, dem Bundesrathe folgende Wünsche zu unterbreiten: 1. Allen mit kaufmännischen Arbeiten auch in anderen Berufsarten Beschäftigten ist die Eigenschaft als Handlungsgesellschaft zuzuerkennen, wenn sie eine Lehrtätigkeit durchgemacht haben; 2. die Bekanntheit über Gesellen und Lehrlinge ist abzukürzen und vor allen solche über Einrichtung kaufmännischer Schiedsgerichte und Aushebung der Arbeiter-Schlichter auf die Handlungsgesellschaft zu treffen; 3. die Ausbildung der Fortbildungsschulen ist gesetzlich zu regeln; 4. die deutsche dort Lehrlinge auszubilden, der selbst eine Zeitlang durchgemacht hat; 5. die sog. Konzentration ist möglich zu belassen. Dem zweiten Vortrag hielt W. Schatz-Hamburg über die Fremdenarbeit in Handelsgewerbe. Zur Anknüpfung daran wurde folgender Beschluß angenommen: Die Handlungsgesellschaften erklären in der überhandnehmenden Frauenarbeit eine soziale und sittliche Gefahr für das gesamte Volkstheile und erheben deshalb die Bitte, die Regierung, sobald möglich mit Gesetzesvorlagen in diesem Sinne heranzutreten.

### Her und Marine.

Das Reichsministerium hat Anordnungen an die Werften ergehen lassen, daß der Vau der in Afrika getrimmten Schiffe, die in den Werften der Reichsregierung in der Provinz des Reichs „Grosch Friedrich der Große“ soll im Spätherbst dieses Jahres erfolgen. Das Kaiserliche Marine Ministerium „Ist“ soll bereits im Laufe des nächsten Jahres zur Abhaltung seiner Probefahrten in Dienst gestellt werden. Der Vau des Kaiserregates „Grosch Leipzig“ soll diesem Sommer erfolgen, daß der Schiffe „Ist“ soll dieses Sommer erfolgen. Das Kaiserliche Marine Ministerium, dessen Umbau vollständig vollendet ist, soll Anfang Mai in Dienst gestellt werden, nachdem am Probefahrten mit seinen neuen Maschinen vorgenommen.

### Kolonialangelegenheiten.

Salomon'scher König von der ostafrikanischen Schutztruppe hat in Robbina berichtet, daß die Missionäre gleich nach der Kolonialmissionen Strafverurteilung in Afrika eingeleitet, nach hiesigen Nachrichten, doch in die Provinz von Kamerun und auf englische Gebiet gerichtet worden sind. Ferner theilte König mit, daß der Häuptling Matunda verstorben sei. Er hatte sich auf die Flucht vor dem Nachzug im Umwoh in den schiedlichen Negemerten der Tod geholt; denn daß nachher ist er an „Neben“ gestorben. Seine Witwe haben den Hauptmann von Kamerun, demselben einen neuen Häuptling ernannt. Der Kaiser hat diesen Verlangen der säglichen Reichsbewohner noch keine Folge leisten können.

fremde Angelegenheit zu wenig informiert, um befriedigende Anstaltungen geben zu können, und beschränkte sich darauf, hervorzuhellen, wie sehr alle Minister die Beilegung des drohenden Konflikts wünschen müßten und nur von seiner (des Kaisers) Vermittlung hoffen könnten. Der Kaiser siffnete die Thür eines angrenzenden Zimmers, in dem Graf Herbert wohnte, tief seinen Sohn und hat ihn, ihm als Streiber zu dienen. Auf und ab schreitend litt er seinen Sohn, während Dohrbach, eine eigene nach dem anderen rauchend, aufsteht, erstakt mit launender Besinnung der kaiserlichen Krone und Wirtbeinsoctum Bismarck's.

Fall's Abreise erfolgte am 13. Juli 1879 (am 30. Juni Besuch Fall's bei Bismarck) gemeinsam mit den Ministern Dohrbach und Friedenthal, nachdem sich Bismarck mit dem Centrum zur Durchbrechung des Kaiserthums geeinigt hatte.

Offiziell wurde über seinen Abtritt geschrieben: „Der Minister Fall hat die Auflösung des Kanzlers — daß die Beilegung des kirchlichen Konflikts in Aussicht zu nehmen ist — ebenso entschieden getheilt, wie er mit bemessen über die Grundlagen eines möglichen Friedens eines Sinnes war. In allen bisherigen Vorverhandlungen über die Einleitungen zu jenem Ziel hat der Kanzler auf das vertrauliche Einverständnis mit dem Kaiserminister den größten Werth gelegt und sich desselben durchweg versichert. Als jedoch die Möglichkeit erweiter Friedensverhandlungen näher zu treten schien, gab der Minister Fall ungeduldig jenes sachlichen Einverständnisses immer mehr der persönlichen Erwägung und dem Zweifel Raum, ob noch den bevorstehenden heißen Kämpfen, in welchen diese Person stets im Vordergrund der öffentlichen Meinung gestanden hätte und beschloß auch der Welt am Ende aller Anstrengung, er gerade infamere ein werbe, auch des Friedenswerthes periodisch zu fördern. Dieser Zweifel vor allem hat den Entschluß des Ministers reifen lassen, jetzt aus dem Amte zu scheiden. Wohl mögen noch andere Erwägungen mit Bezug auf die mannigfachen Schwierigkeiten und Meinungsstärke auf anderen kirchlichen Gebieten, auch in betref der ewiglichen Kirche, dabei mitgewirkt haben, aber der Minister selbst hat bei der Begründung seines Wunsches vornehmlich jene Seite hervorzuheben und jene Entscheidung ungeduldig der erneuten Feststellung seines grundsätzlichen Einverständnisses mit der kirchlichen Politik des Kanzlers aufrecht erhalten.“

Darnach hatte sich Minister Fall als ein mobiler Curtiss gepeert, um den Riß zu schließen, der zwischen Deutschland und Rom bestand.

Gut hinaus, in meinen ganzen Werbesirei fenne ich infolge dessen die Leute persönlich; von der Militärzeit her sind mir die Bedürfnisse der verschiedenen Klassen bekannt geworden. Das daß nachhilt, stellt freilich voraus, daß man auf dem Lande bleibt und sein Gut bewirtschaftet. Das thut aber der pommersche Adel, und thut's einer nicht, lebt einer fast von seinen Renten, so besimmt man sich schon, ob man ihn von der Fochter zur Frau gibt, und wäre es der reichste. Die allgemeine Wehrpflicht hebt auch den Offiziersstand. Wo so viele gebildete Elemente unter den gemeinen Soldaten, muß der Offizier sich doppelt anstrengen. Ueber die Diplomaten äußerte er sich mit großer Offenheit.

Während des Diners korrespondierte Frau v. Bismarck mit ihrem Mann mit Hilfe eines Tagelöhners. Nach dem Diner wurde einer nach dem andern dem Prinzen Popelton vorgestellt. Ich wurde gefragt, seit wann ich von Hause weg sei, ob Barmiller wohl hierher komme, wie unsere Frauen anfallen werden, sprach dann einiges über die unter dem Vorhange von Montignone geführten Verhandlungen wegen eines europäischen Münzsystems. Nachdem man Bismarck und sagte mir ins Ohr: „Er soll ja einmal mit Barmiller doch geweien sein, ich muß ihn doch fragen, ob er etwas abgelehrt hat“ (das Duell ist seiner Zeit nicht gerade gekommen aus Gründen, welche dem Prinzen nicht zuvorkam zur Ehre gereichen).

Es wurden Cigaretten heringegeben. Von der obersten Schicht trug jede einen Buchstaben des Namens Bismarck. — Die Gräfin ist eine sehr schöne Frau, und der recht gut konversationell zu führen ist. Während sie mit mir sprach, sah Frau Klunel, streifte die Hand hin und sagte langsam: „Adieu, Madame.“ Die Frau Gräfin verstand fast in einem unentschiedenen Stills. Man mußte sich erleichtern, als der fremde Gasts fort war. Es thut einem wohlhaft weh, daß der Mensch wirtbeinsoctes Blut in den Adern hat. Den Humor aber er wohl gefühlt, daß man ihm gewissermaßen ganz Deutschland gegenüber gesetzt hat.

Sodann möge noch einiges über die Beziehungen Bismarck's zu Fall folgen, der erst in den letzten Wochen gelegentlich seines 70. Geburtstages viel genannt und gefeiert wurde. Pöschinger schreibt da u. a.:

„Das eine lebt jetzt, wo immer es möglich war, trat Bismarck mit dem vollen Gewicht seiner Person für Fall's Politik ein, insbesondere auch für dessen Spezialgesetz im Herrenbanke. Im Streit mit dem Bischof von Trierland führte Bismarck eine Zeit lang selbst die Feder. Natürlich ging es nicht immer ohne lebhafteste Auseinandersetzungen der beiden Staatsmänner

Anstand.

Leo Taxil und die Geisteskräfte.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Selbstharnung Leo Taxils, obwohl er Bischof und Kreuzeurer gleichmäßig am ...

Wandeburg, 28. April. [Zur Wallfahrt.] In einer ...

Johna, 22. April. [Marrer- und Schergerächter.] ...

Stahlfest, 23. April. [Ein betrübender Unglücksfall.] ...

Berga n. d. E., 22. April. [Seine eigene Gebeine ...]

Hofla, 23. April. [Gegen die Wahl des Reichspräsidenten ...]

Wolfs, 23. April. [Von einem hebenmüthigen ...]

Reisig, 23. April. [Greife Selbstmörderin. - Todt ...]

Geriatsverhandlungen.

München, 22. April. [Eine interessante Trinker- ...]

es ist nicht verdrängbar, daß er in dem Fragebogen ...

Meteorologische Station zu Halle.

Table with 4 columns: Stationen, Barom., Windrichtung, Temperatur. Rows include Halle, Magdeburg, etc.

Die höchste Luftdruck befand sich über der Nordsee, im übrigen ...

Bericht des Berliner Wetterbureaus vom 23. April.

Table with 5 columns: Stationen, Barom., Windrichtung, Temperatur. Rows include Berlin, Potsdam, etc.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Die Verwaltung der Versicherungsgesellschaft Rheinania in ...

Waren- und Produktenberichte.

Amsterdam, 22. April. Weizen auf Termine fest, ...

